



## **Ausschuss für Bauen und Verkehr**

### **4. Sitzung (öffentlich)**

3. November 2005

Düsseldorf - Haus des Landtags

13:30 Uhr bis 16:50 Uhr

Vorsitz: Wolfgang Röken (SPD) (Vorsitzender)  
Bernhard Schemmer (CDU) (stellv. Vorsitzender)

Protokollerstellung: Günter Labes

### **Verhandlungspunkte und Ergebnisse:**

Seite

#### **1 Landesgartenschauen in Nordrhein-Westfalen als Erfolgsmodell für die Zukunft sichern!**

1

Antrag  
der Fraktion der SPD  
Drucksache 14/194

Der Ausschuss lehnt in einer Einzelabstimmung den Punkt 1 des Beschlusses im Antrag Drucksache 14/194 mit den Stimmen von CDU und FDP gegen die Stimmen von SPD und Grünen ab.

Der Punkt 2 des Beschlusses wird mit den Stimmen von CDU, FDP und Grünen gegen die Stimmen der SPD abgelehnt.

- 2 Zweites Nachtragshaushaltsgesetz 2005 und Gesetz zur Änderung des Gemeindefinanzierungsgesetzes 2004/2005 und des Solidarbeitrags-gesetzes 2004/2005** 4

Gesetzentwurf der Landesregierung  
Drucksache 14/300

Dem Bericht von Minister Oliver Wittke (MBV) schließt sich eine Aus-sprache an.

- 3 Änderung der Wohnraumförderungsbestimmungen** -

Vorlage 14/44

Der Ausschuss beschließt einstimmig, zu diesem Tagesordnungspunkt eine öffentliche Anhörung durchzuführen. Als Termin wird der 31. Januar 2006, 14:00 Uhr, vorgesehen.

(Kein Diskussionsprotokoll.)

- 4 Deutsche Automobilindustrie: Endlich auf kraftstoffsparende Techno-logien setzen und so die eigene Innovationsfähigkeit sichern** 10

Antrag  
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
Drucksache 14/284

Der Ausschuss führt eine Aussprache durch und sieht von einem Vo-tum wegen der im Wirtschaftsausschuss anstehenden Anhörung zu diesem Punkt ab.

- 5 Mobilität in NRW durch mehr Erdgasfahrzeuge sichern!  
- Sparsame, umweltschonende und ausgereifte Technologie unterstüt-zen** 14

Antrag  
der Fraktion der SPD  
Drucksache 14/466

Der Ausschuss berät in einer ersten Runde über diesen Antrag und kommt überein, dass sich über das weitere Vorgehen etwa hinsichtlich der Durchführung einer Anhörung der Sprecherkreis verständigt.

**6 LKW-Mautausweichverkehr in NRW stoppen** 18

Antrag  
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
Drucksache 14/465

Der Antrag der Grünen Drucksache 14/465 wird mit den Stimmen von CDU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Grünen abgelehnt.

**7 Staumanagement-Konzept der Landesregierung/Wenden auf Autobahnen** 24

Vorlage 14/127

Der Ausschuss nimmt Berichte von Minister Oliver Wittke (MBV) und LPD Wolfgang Blindenbacher (IM) entgegen und diskutiert über Fragen, die mit einem Staumanagement zusammenhängen.

**8 Flughäfen Düsseldorf und Mönchengladbach** 36

Dem Bericht von Oliver Wittke (MBV) folgt eine Aussprache.

*Hinweis: Der Ausschuss kommt im Laufe der Sitzung überein, die Tagesordnungspunkte 9 bis 12 auf die nächste Sitzung zu vertagen. Der Minister sagt zu, die Berichte zu diesen Tagesordnungspunkten dem Ausschuss schriftlich zuzuleiten.*



## Dringende Landesstraßenbauprojekte - 10 Mio. € - Programm -

### Maßnahmen des Landesstraßenbauprogrammes Titel 777 13

L-Str.	Bezeichnung	Kosten Mio. €	2005 Mio. €	VE 2006 Mio. €
L 11	OU Dürwiß (L 238 bis B 264)	2,6	0,1	2,0
L 593	Hopsten - Rheine, Dreierwalde	1,2		1,2
L 579	OU Schöppingen	0,4		0,4
L 793	OD Lippetal/Herzfeld	1,6		0,4
L 729	OU Netphen	2,5		1,5
L 556	OU Dortmund/Asseln	1,2		1,2
L 553	Aue - Berghausen	0,2		0,2
L 848	Erwitte/Böckum	1,0	0,2	0,8
L 770	Petershagen, 3. BA OU Raderhorst, L 772n - Landesgrenze	0,3	0,2	0,1
		11,0	0,5	7,8

### Radwegebau an vorhandenen Landesstraßen Titel 777 14

L-Str.	Bezeichnung	Kosten Mio. €	2005 Mio. €	VE 2006 Mio. €
L 776	Bestwig-Nuttlar, Radweg	0,7	0,2	0,5
	innovativer Radwegebau (20 Projekte) (Anlage Projektliste)	1,0	0,5	0,5
		1,7	0,7	1,0

### Erhaltung von Landesstraßen Titel 777 11

L-Str.	Bezeichnung	Kosten Mio. €	2005 Mio. €	VE 2006 Mio. €
L 120	Windeck/Irsen	0,1	0,1	
L 221	Stolberg, Fettberg	0,2		0,2
L 109	OD Dürboslar	0,1		0,1
L 512	Olpe - Attendorn (Biggesee)	6,0		0,6
L 673	Schwerte, Schützenstraße	0,4		0,3
		6,8	0,1	1,2

	Gesamtsumme	19,5	1,3	10,0
--	-------------	------	-----	------

### Kostengünstiger Radwegebau durch bauliche und technische Innovationen

Str.Nr.	Ortslage	Länge (km)	Kosten (in Mio.€)
L 95	südl. Nümbrecht/Elsenroth (bis zur Einmündung nach Gerhardsiefen)	1,400	0,065
L 125	Hennef/Geisbach - Hennef/Lanzenbach	0,370	0,070
L 194	Euskirchen - Weilerswist	8,000	0,075
L 213	Bedburg - Kreisgrenze Neuss, 2.BA K 38 - L 116	2,000	0,085
L 361	nördlich Bedburg/Broich - L 213	2,500	0,035
L 520	westlich Sendenhorst ('Elmster Berg')	0,245	0,010
L 578	östlich Burgsteinfurt (B 499 - K 82)	2,961	0,040
L 594	östlich Hörstel (L 833 - K 38)	0,517	0,080
L 600	nordöstlich Reken/Groß Reken (Einmündung K 1)	0,020	0,005
L 608	östlich Vreden	0,779	0,025
L 611	Bocholt/Biemenhorst - Rhede/Krechting (Kreuzung L 611/K 1 - 'Bungener Heide')	1,800	0,070
L 686	Sundern/Bruchhausen - Sundern/Amecke	0,767	0,080
L 711	Kirchhundern/Rahrbach - Welschen/Ennest	0,650	0,075
L 771	Gehlenbeck/Frotheim (K 55 - Schwimmbad)	0,167	0,030
L 781	Kalletal (B 514 - 'Am Werder')	0,431	0,060
L 782	Löhne/Werre Brücke - Falscheider Straße	0,200	0,010
L 803	nördlich Hille/Eickhorst	0,624	0,080
L 821	nördlich Unna/Massen	0,584	0,030
L 830	Ostbevern - Warendorf/Milte	0,600	0,010
L 844	westlich Ascheberg/Davensberg	1,739	0,065
<b>Gesamtsumme:</b>		<b>26,354</b>	<b>1,000</b>

**Dieter Hilser (SPD)** erklärt, seine Fraktion bestehe als Antragstellerin auf eine Abstimmung getrennte Abstimmung über die Punkte 1 und 2.

**Bernd Schulte (CDU)** betont, entweder werde der Antrag einstimmig ohne Votum an den Umweltausschuss verwiesen oder er werde abgelehnt.

**Christof Rasche (FDP)** begründet, warum dem Antrag nicht zugestimmt werden könne, mit der Feststellung, mit einem Ja zu diesem Punkt 1 würde der Eindruck vermittelt, als hätte es ein solches Signal, auch in Zukunft Landesgartenschauen durchzuführen, nicht gegeben.

## **2 Zweites Nachtragshaushaltsgesetz 2005 und Gesetz zur Änderung des Gemeindefinanzierungsgesetzes 2004/2005 und des Solidarbeitragsgesetzes 2004/2005**

Gesetzesentwurf der Landesregierung  
Drucksache 14/300

**Minister Oliver Wittke (MBV)** berichtet:

Im Nachtragshaushalt gibt es eine Erhöhung der Verpflichtungsermächtigungen im Bereich der Investitionen im Kapitel 14 140 Titel 777 11. Die Verpflichtungsermächtigungen sind im Bereich der Erhaltungsmaßnahmen an Landesstraßen um 10 Millionen € auf 30.450.000 € aufgestockt worden. Diese Maßnahme war dringend notwendig, um begonnene Baumaßnahmen, die allesamt im von der Vorgängerkoalition beschlossenen Bauprogramm enthalten waren, fortsetzen zu können. Es gab den misslichen Zustand, dass Baumaßnahmen, weil zu viele Baustellen zu Beginn des Jahres begonnen worden sind, nicht hätten fortgesetzt werden können. Dazu ist eine Liste mit den Maßnahmen ausgelegt worden, die mit diesem 10-Millionen-Euro-Programm zusätzlich finanziert werden können - s. *Anlage*.

Eine zweite Veränderung im Nachtragshaushalt betrifft den Personalbereich. Es sind insgesamt zehn Planstellen ausgewiesen worden. Vier Planstellen davon sind versehen worden mit einem kw-Vermerk zum 31. Dezember 2010. Die anderen sechs Planstellen im Ministerium werden durch eine entsprechende Reduzierung von Planstellen beim Landesbetrieb Straßenbau NRW erwirtschaftet. Somit handelt es sich netto um eine Erhöhung um vier Stellen.

Weil ich weiß, dass diese Stellenerhöhung politisch hoch belastet ist, füge ich hinzu: Es geht in meinem Zuständigkeitsbereich um 7.000 Stellen. Die Stellenerhöhung ist bedingt durch den Regierungswechsel und die Notwendigkeit, Kolleginnen und Kollegen, die bisher Vertrauenspositionen im Umfeld des Ministers Vesper innehatten, unterzubringen. Damit entspreche ich einem Wunsch des früheren Ministers Vesper. Diese Personen nehmen jetzt Aufgaben wahr, die sich diese teilweise auch mit ausgesucht haben. Aus diesem Grund mussten vier Stellen neu

geschaffen werden, die mit einem kw-Vermerk versehen worden sind. Zu dieser regierungsbedingten Mehreinstellung stehe ich.

**Bernd Schulte (CDU)** stellt fest, der Kollege Horstmann habe als Minister das Dezember-Fieber bereits im Mai gehabt, weil entgegen der üblichen Gepflogenheiten, den Haushalt im Dezember um zehn Prozent zu überziehen, dies schon im Mai geschehen sei, was vermutlich mit dem Wahltermin zu tun haben könnte. Aus diesem Grunde erfreue, dass der neue Verkehrsminister in den Gesprächen mit den Finanzminister erreicht habe, dass diese Mehrausgaben nicht über den Nachtragshaushalt einkassiert würden, sondern im Interesse der Fortführung der in der vorgelegten Liste aufgeführten Maßnahmen Mittel zusätzlich bereitzustellen. Das helfe vielen Kommunen, Maßnahmen fortzuführen, und verhindere unvollendete Baustellen. Letztlich nutze dieses Vorgehen auch dem Tiefbau.

Bezüglich der Schaffung weiterer Planstellen, die durch den Regierungswechsel verursacht worden sei, erwarte er nach den Ausführungen des Ministers keinen weiteren Diskussionsbedarf. Die entsprechenden Mehrausgaben hielten sich unter Beachtung der 39jährigen Regierungszeit der SPD und einer zu erwartenden Regierungszeit von 35 Jahren der CDU im Rahmen.

Der CDU-Abgeordnete schließt mit der Erklärung, die CDU-Ausschussmitglieder würden den diesen Einzelplan 14 betreffenden Veränderungsvorschlägen des Nachtragshaushaltsentwurfes zustimmen.

**Dieter Hilser (SPD)** hebt hervor, heute gehe es seiner Fraktion überhaupt nicht um das Thema Planstellen. Vielmehr solle das Thema Haushaltsklarheit und Haushaltswahrheit angesprochen werden.

Bei Titel 777 11 werde unter „Erhaltungsinvestitionen an Landesstraßen“ eine Erhöhung der Verpflichtungsermächtigung von 10 Millionen € im Haushalt ausgewiesen. Das betreffe allerdings nicht Neubaumaßnahmen, sondern überwiegend Erhaltungsinvestitionen an bestehenden Landstraßen. Es ließe sich ja darüber reden, dass die Finanzmittel für Neubaumaßnahmen an Landesstraßen möglicherweise verstärkt werden müssten, aber im Sinne von Haushaltsklarheit und Haushaltswahrheit müsse die Entscheidung getroffen werden, ob 10 Millionen € in einen Haushalt eingestellt würden unter „Erhaltungsinvestitionen an Landesstraßen“, um später dem staunenden Ausschuss zu erklären, es gehe um die Fortführung von Baumaßnahmen. Dieses Vorgehen erscheine nicht akzeptabel.

In der vergangenen Legislaturperiode sei von der CDU-Fraktion immer die Position vertreten worden, es gehe ihr vor allem auch um den Erhalt des bestehenden Straßennetzes, verbunden mit der Kritik, dafür würden viel zu wenig Mittel ausgegeben. Ihn interessiere bei diesem Hintergrund, welche Position der Minister zum Thema „Haushaltsklarheit und Haushaltswahrnehmung“ einnehme.

**Oliver Keymis (GRÜNE)** schließt sich den Ausführungen des Vorredners an und führt an, es gelte zwischen Erhaltungsinvestitionen und Neubaumaßnahmen zu unterschei-

den. Nach der vorgelegten Liste entfielen 78 % auf Neubaumaßnahmen und nur 12 % auf Erhaltungsmaßnahmen. Erfreulicherweise seien noch eine Million Euro für innovativen Radwegebau eingestellt worden, wogegen nichts eingewendet werde.

Zuletzt noch im Doppelhaushalt 2004/2005 sei mit Zustimmung der CDU der Baransatz für Erhaltungsinvestitionen von 43,2 auf 48 Millionen € aufgrund eines Antrags von Rot-Grün erhöht worden. Vor diesem Hintergrund stelle sich die Frage, ob hierzu eine Ideologisierung der Politik stattfinde. Der Neubau von Straßen erscheine ihm nämlich nicht als das Hauptproblem. Nach Meinung der Grünen stelle dieses vielmehr der Erhalt von Straßen dar. Diesen Streit hätten die Grünen mit ihrem früheren Koalitionspartner ständig ausgetragen, weil die Grünen für ein Umdrehen des Verhältnisses eingetreten seien und nur 48 Millionen € in die Neubaumaßnahmen und 63 Millionen € für die Erhaltungsinvestitionen hätten vorsehen wollen. Die Grünen hätten sich aber mit dieser Forderung nicht durchgesetzt.

Seine Fraktion betrachte es als einen Etikettenschwindel, wenn Erhaltungsinvestitionen angekündigt würden, aber anschließend beabsichtigt sei, 78 % des Geldes in Neubauprojekte zu investieren. Die Grünen lehnten dieses Vorgehen eindeutig ab.

Der Abgeordnete der Grünen meint an Herrn Schulte gerichtet abschließend, er könne sich kaum vorstellen, dass die CDU 35 Jahre in der Regierung sein werde. Die nächste Wahl komme bestimmt.

**Bodo Wißen (SPD)** erinnert an die „kleine Regierungserklärung“ des Ministers, in der es geheißen habe:

„Klarheit, Verlässlichkeit und mehr Effizienz werden die Hauptkriterien für die notwendigen Veränderungen und Verbesserungen sein. Wunder versprechen wir keine, sondern ehrliche Arbeit. Auch deshalb machen wir Schluss mit unfinanzierbaren sogenannten Leuchtturmprojekten.“

Aufgrund des vorgelegten Papiers stelle man hingegen das Vorliegen eines Etikettenschwindels fest, weil ein erheblicher Teil der erhöhten VE dem Straßenneubau diene. Die Absicht werde wegen der gegenseitigen Deckungsfähigkeit der Titel klar erkennbar. Man wolle dort Mittel parken. Jetzt stehe das Prinzip „Neubau vor Erhaltung“ im Vordergrund.

Abschließend erkundigt sich der SPD-Abgeordnete, wie der Verkehrsminister diese VE-Erhöhung beim Finanzminister angemeldet habe.

**Christof Rasche (FDP)** nimmt Stellung, im Moment werde über viele Schattenhaushalte mit einem Millionen- beziehungsweise Milliardenumfang gesprochen. In der vergangenen Legislaturperiode habe der Verkehrsausschuss erlebt, wie Mittel für die Ertüchtigung der Schwerpunktlandeplätze für den Geschäftsreiseverkehr sogar in einen anderen Verkehrsträgerbereich hinübergeführt wurden, nämlich zum Landesstraßenbau.

Jetzt liege die Situation vor, dass bei den Landesstraßen sowohl in den Erhalt als auch in den Neubau mehr Geld fließe. Das sollte die SPD honorieren. Dem Minister gratuliere er, dass dieser beim Finanzminister diese Erhöhung der Verpflichtungsermächtigung

um 10 Millionen € für den Landesstraßenbau habe aushandeln können. Schließlich dürfte während der Verhandlungen noch nicht festgestanden habe, welche Summen in welche Bereiche fließen, weil erst die Baustellen der Vorgängerkoalition hätten ermittelt werden müssen.

Unter Landesstraßenneubau habe die alte Koalition Baustellen wie in Petershagen verstanden, die aus nicht nachvollziehbaren Gründen in zwei Bauabschnitte geteilt worden seien. Während der erste Bauabschnitt finanziert gewesen sei, habe das für den zweiten nicht gegolten. Die jeweilige Baumaßnahme hätte aber nur nach Fertigstellung beider Abschnitte genutzt werden können. Nach Abschluss des ersten Bauabschnittes habe aber kein Geld für den zweiten zur Verfügung gestanden. Vor der Landtagswahl sei demnach mit zu vielen Baustellen in dem Wissen begonnen worden, mit den vorhandenen Finanzmitteln diese nicht im Laufe des Jahres abarbeiten zu können. Die neue Koalition lasse diese Baustellen nicht halbfertig liegen und bemühe sich um deren Abschluss, wozu das eingesetzte Geld diene. Wegen des Vorgehens der Vorgängerkoalition vor der Landtagswahl habe der Ansatz im Titel Neubau ausgebracht werden müssen.

**Minister Oliver Wittke (MBV)** stellt fest, das Vorgelegte entspreche dem Prinzip von Klarheit und Wahrheit, weil in der Tischvorlage detailliert aufgeführt werde, wofür jeder Euro dieser zusätzlichen 10 Millionen € bei den Verpflichtungsermächtigungen ausgegeben werde. Die Politik der neuen Landesregierung werde auch weiterhin sein, nach dieser Linie einer klaren und wahren Vorgehensweise zu verfahren.

Bei der Übernahme der Regierungsverantwortung habe man in fast allen Häusern ein regelrechtes finanzielles Chaos vorgefunden. So habe es etwa beim BLB einen Wertberichtsbedarf in Höhe von 650 Millionen € gegeben, in anderen Bereichen ungedeckte Schecks und eine fast ins Unermessliche gehende Überziehung von Haushaltsansätzen beispielsweise beim Landesstraßenbau, wie sie dieses Land in seiner Geschichte noch nicht erlebt habe. Wegen des Erfordernisses dieses Chaos zu sortieren, habe die Landesregierung einen Nachtragshaushalt eingebracht. Aus diesem Grunde sei relativ schnell klar gewesen, dass dieser Nachtragshaushalt so etwas wie eine Schlussbilanz von zehn Jahren Regierungsverantwortung von Rot-Grün in Nordrhein-Westfalen bilden würde.

Zum damaligen Zeitpunkt habe zwar ein Bedarf im Landesstraßenbau mit den vier Pfeilern Radwegebau an vorhandenen Landesstraßen, Maßnahmen des Landesstraßenbauprogramms, Erhaltung von Landesstraßen und kleine Maßnahmen unter drei Millionen Euro festgestellt werden können, aber es sei noch nicht klar gewesen, in welchen Bereichen ein besonders hoher Bedarf existiere. Wegen des Zeitdrucks habe er deshalb in den Verhandlungen dem Finanzminister zunächst einmal diese Summe von zehn Millionen Euro gemeldet. Damit habe er sich auf der sicheren Seite bewegt, weil die hier angesprochenen drei Haushaltstitel eine gegenseitige Deckungsfähigkeit aufwiesen. Mithin liege überhaupt kein Problem vor.

Wenn dieses Vorgehen den Oppositionsfraktionen nicht passe, sollten bei den Haushaltsberatungen entsprechende Anträge gestellt werden. Fänden diese im Parlament eine Mehrheit, würden einzelne in der Tischvorlage aufgeführte Maßnahmen gestrichen

oder es werde in andere Maßnahmen investiert. Dann sollten die Vertreter der Opposition aber den Menschen vor Ort erklären, warum beispielsweise in Petershagen eine Brücke in der Landschaft ohne Vorhandensein einer Straße stehe oder warum in Schöppingen eine Straßenverlagerung, die eine Betriebserweiterung mit 30 neuen Arbeitsplätzen ermögliche, plötzlich nicht gebaut werden könne. Bei allen in der Tischvorlage aufgeführten Posten drehe es sich um Fortführungsprojekte, bei denen Torsi, die von der Vorgängerregierung hinterlassen worden seien, vollendet würden. Deshalb empfinde er es als unverschämte, wenn an dieser Stelle kritisiert werde, es herrsche keine Klarheit und Wahrheit.

Nicht schlüssig argumentiere der Kollege Keymis, wenn dieser zwar den Radwegneubau für in Ordnung, aber den Landesstraßenneubau für des Teufels erkläre.

Der Minister schließt mit der Feststellung, er sei darüber froh, dass seine Haushaltsanmeldung beim Finanzminister erfolgreich gewesen sei.

**Dieter Hilser (SPD)** fordert den Minister auf, sich in der Wortwahl zu mäßigen. Es erscheine völlig unangebracht, wenn ein Minister Begriffe wie „Unverschämtheit“ verwende, nur weil die Frage gestellt werde, inwieweit dieser Haushaltsansatz dem Prinzip von Haushaltsklarheit und Haushaltswahrheit nachkomme, worauf bisher vonseiten der Koalition niemand eingegangen sei.

Den Minister bitte er um Auskunft, ob dieser es für juristisch sauber und haushaltsrechtlich abgedeckt halte, wenn im Nachtragshaushaltsentwurf eine Verpflichtungsermächtigung für Erhaltungsinvestitionen ausgewiesen, aber der Minister dem Ausschuss unter Verwendung einer schriftlichen Vorlage erkläre, es handele sich um Bau- und Neubaumaßnahmen. Außerdem sollte der Minister mit den neuen Maßnahmen nicht so „auf den Putz hauen“, weil einige der angesetzten Beträge allenfalls den Bau eines Fußgängerüberwegs ermöglichen.

**Minister Oliver Wittke (MBV)** weist darauf hin, das im Zusammenhang mit dem Nachtragshaushalt Vorgelegte sei an Klarheit und Wahrheit nicht zu übertreffen. Die aufgeführten Titel 777 11, 777 13, 777 14 seien wechselseitig deckungsfähig. Noch vor dem Beschluss des Parlaments über den Nachtragshaushalt lege das Ministerium Rechenschaft darüber ab, wofür man beabsichtige, jeden Euro dieser Verpflichtungsermächtigung auszugeben.

Er stelle der Opposition nicht in Abrede, dies ablehnen zu können, aber dann müsse diese im Parlament in einem Antrag sagen, welche Maßnahmen aus der Vorlage gestrichen und wofür diese Mittel verwandt werden sollten.

**Bodo Wißen (SPD)** sieht seine Frage zu der Anmeldung beim Finanzminister als nicht beantwortet an und fragt nach, wo der ehemalige Pressesprecher untergebracht worden sei.

**Minister Oliver Wittke (MBV)** teilt mit, der ehemalige Pressesprecher sei beim Landesbetrieb Straßenbau NRW auf einer freien Planstelle eingesetzt worden.

**Karl-Heinz Haseloh (SPD)** spricht noch einmal das Vorhaben bei Petershagen auf der L 770 an und meint zu den dafür eingestellten 0,3 Millionen €, dass nach dem Plan, wie die Vorlage 13/3154 belege, im Bauprogramm 2005 für diesen letzten Bauabschnitt 1,2 Millionen € vorgesehen seien. Die L 770 verbinde Niedersachsen von Osnabrück bis nach Hannover und sei nun fast durchgebaut. Dort seien Jahr um Jahr einige Kilometer Straße gebaut worden. Um einen Stillstand bei der Baustelle zu verhindern, hätten dort noch Ausgrabungen getätigt werden müssen, was seinerzeit gewährleistet worden sei. Er frage sich, wie weit man mit 0,3 Millionen € komme, wenn 1,2 Millionen € benötigt würden. Ihm liege jedenfalls daran, dass diese Baumaßnahme fortgeführt werde.

**Horst Becker (GRÜNE)** möchte wegen der über das Land ungleichen Verteilung wissen, nach welchen Kriterien die in der Tischvorlage genannten Radwege ausgewählt worden seien.

**Minister Oliver Wittke (MBV)** stellt heraus, eine Vorgabe an die Fachabteilung habe darin bestanden, Projekte vordringlich aufzunehmen, bei denen bürgerschaftliches Engagement existiere, weil auf diesem Weg mehr Geld bewegt und ein höherer Nutzen erzielt werde.

**MDgt Ekhart Maatz (MBV)** legt ergänzend dar, eine Liste dieser Länge, bei der so wenig Geld zum Einsatz komme, weise natürlich Besonderheiten auf. Einige Radwegemaßnahmen umfassten teilweise nur wenige hundert Meter. Bürgerschaftliches Engagement habe unterstützt, Lücken etwa auf Schulwegen hätten geschlossen und Verkehrssicherheit habe in den Vordergrund gestellt werden sollen. Unter diesen wesentlichen Kriterien sei diese Liste zustande gekommen. Normalerweise verführe man anders und konzentriere knappes Geld.

Mit technischer Innovation sei gemeint, dass man es bei diesen Maßnahmen nicht mit einer Schwarzdecke zu tun habe, auf der auch ein LKW fahren könne, sondern es gehe um einen ganz einfachen Standard, mit denen den Menschen in der Region zunächst einmal unter dem Gesichtspunkt der Verkehrssicherheit ein Radweg geboten werden solle, sodass sie nicht mehr die Straße benutzen müssten.

**Stellv. Vorsitzender Bernhard Schemmer** merkt an, wenn detaillierte Auskünfte wie in diesem Fall erteilt würden, falle das Informationsbedürfnis offensichtlich größer aus, als wenn nur pauschale Ansätze ausgebracht würden.

**Dieter Hilser (SPD)** sieht in dieser Anmerkung eine für einen Vorsitzenden unzulässige Kommentierung.

**Stellv. Vorsitzender Bernhard Schemmer** stellt klar, völlig neutral angemerkt zu haben, dass detaillierte Aussagen zu mehr Diskussionen führten als pauschale Ausweisungen.

**Oliver Keymis (GRÜNE)** weist darauf hin, solche detaillierten Listen habe es seiner Erinnerung nach immer als Tischvorlage gegeben, worüber man auch mit der damaligen Opposition relativ heftig debattiert habe. Insofern habe sich an dem guten Brauch, dass das Parlament über detaillierte Vorlage diskutiere, nicht viel geändert.

#### **4 Deutsche Automobilindustrie: Endlich auf kraftstoffsparende Technologien setzen und so die eigene Innovationsfähigkeit sichern**

Antrag  
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
Drucksache 14/284

**Oliver Keymis (GRÜNE)** begründet, mit dem Antrag werde der Versuch gestartet, das in den letzten Jahren von der deutschen Automobilindustrie zeitweilig „verpennte“ Thema auf die Tagesordnung zu setzen. Insbesondere mit Rücksicht auf den Automobilstandort NRW sollten diese Fragen in ein neues Licht gestellt werden.

Der Hintergrund für diese Aktivität bilde natürlich die auch auf der Automobilmesse in Frankfurt aufgekommene Diskussion über die Hybrid-Antriebstechnik und die Frage danach, warum Firmen aus anderen Ländern den deutschen Unternehmen so weit voraus seien. Für in Deutschland hergestellte Fahrzeuge würden nämlich bisher diese Techniken immer noch nicht angeboten. Einen weiteren Auslöser für diesen Antrag stelle die während des Sommers sehr intensiv geführte Debatte nach den Gründen dar, warum aus Frankreich Fahrzeuge mit Dieselrußfilter bezogen werden könnten, aber etwa der große deutsche Hersteller VW bis heute den Golf oder den Passat nicht mit einem solchen Filter anbiete. Dabei gelte es zu sehen, dass in Nordrhein-Westfalen einige Firmen diese Technik anböten. In diesem Bundesland säße sogar die Firma, die diese Technik mit entwickelt habe. Somit müsse der Wirtschaftsstandort NRW ein Interesse daran haben, dass Entwicklungen für kraftstoffsparende Technologien vorangetrieben würden und man die Innovationsfähigkeit, die in der Zukunft die Arbeitsplätze und den Wohlstand sichere, erhalte.

Bei der Einbringung dieses Antrages habe sein Fraktionskollege Priggen die Beweggründe der Grünen deutlich gemacht. Ausgangspunkt der Debatte bilde der in den letzten Jahren stark gestiegene Ölpreis. Alle wüssten um die Bedeutung dieses Sachverhaltes für den Geldbeutel des Einzelnen und darum, dass dieser Rohstoff bei den derzeitigen Verbrauchszahlen nicht mehr lange vorhanden sein werde. Somit müssten neue Technologien vorangetrieben werden.

Auf der Ebene der Sprecher im Wirtschaftsausschuss sei wohl eine gemeinsame Anhörung zu diesem Thema vereinbart worden. Dazu schlage er vor, dass sich die Anhörung nicht nur auf diesen Tagesordnungspunkt, sondern auch auf den unter TOP 5 zu behandelnden Antrag beziehe, weil die Themen miteinander in Verbindung stünden. Die Anträge setzten lediglich unterschiedliche Akzente. Aus dem Parlament werde auf diese Weise ein Signal sowohl an den Wirtschaftsstandort als auch an diejenigen gegeben, die über diese Frage aus ökologischen Gründen nachdenken müssten.

